

Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“

106 Änderung des Flächennutzungsplanes

Anlage 4

Abwägung

Darstellung und Auswertung der im Verfahren vorgebrachten Belange aus

- der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB)
- der Beteiligung der Öffentlichkeit (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie § 3 Abs. 2 BauGB)

Die einzelnen Stellungnahmen sind mit ihrem Inhalt der Anlage 3 zu entnehmen.

Vorbemerkung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan und der Flächennutzungsplanänderung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 09.08.2021 bis 27.08.2021 statt. Ein Bürger hat innerhalb des Zeitraumes eine Stellungnahme abgegeben. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde in der Zeit vom 04.08.2021 bis 03.09.2021 durchgeführt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB fand vom 21.03.2022 bis 29.04.2022. Hierbei wurde keine Stellungnahme abgegeben. Die Beteiligung der TÖB gemäß § 4 Abs. 2 BauGB fand vom 11.03.2022 bis 29.04.2022 statt.

Sachverhalte / Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange

gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
1.	11.08.2021	Bezirksregierung Arnsberg Abt. 6 Bergbau und Energie NRW	Keine Bedenken oder Anregungen Die Planfläche liegt über den auf Eisenerz verliehenen inzwischen erloschenen Bergwerksfeldern „Lina I“ und „Wilhelmshöhe I“. Bergbau hat nach den hier vorliegenden Unterlagen im Plangebiet nicht stattgefunden.	Beschlussempfehlung entfällt
2.	26.08.2021	Die Autobahn GmbH des Bundes	<p>1. Die Eintragung der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone wurde gefordert</p> <p>2. Die PV-Anlage sowie weitere Hochbauten müssen einen Mindestabstand von 40 m zur BAB A45 aufweisen.</p> <p>3. Eine Blendung der Verkehrsteilnehmer auf der BAB Anschlussstelle kann nicht ausgeschlossen werden. Daher ist ein Nachweis vorzulegen</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Anbauverbot- und Anbaubeschränkungszone wurde im Bebauungsplan eingetragen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Der Mindestabstand wird im B-Plan eingehalten.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet.</p>
			<p>4. Werbeanlagen jeder Art dürfen weder auf Straßengebiet noch innerhalb der Anbauverbotszone errichtet oder angebracht werden. In der Anbaubeschränkungszone bedürfen Anträge der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes (FBA). Dies gilt auch für Schilder bauausführenden Firmen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Entsprechender Hinweis wurde im Bebauungsplan aufgenommen.</p>
			<p>5. Anfallendes Oberflächenwasser ist nicht der BAB-Straßenentwässerung zuzuleiten</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Entsprechender Hinweis wurde im Begründung aufgenommen.</p>
			<p>6. Es wird darauf hingewiesen, dass der gem. EEG 2021 vorgegebene und mindestens 15 m breite Naturschutz-Korridor außerhalb der Anbauverbotszone anzuordnen ist.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Ein von der EEG 2021 geforderte min. 15 m breiter Korridor zwischen der PV-Freifläche und dem äußeren Fahrbahnrand ist vorhanden.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
	03.09.2021 (Mail)	Die Autobahn GmbH des Bundes	<p>7. Aufgrund der Nähe zur L 533 ist auch der Landesbetrieb Straßenbau NRW an diesem Verfahren zu beteiligen.</p> <p>1. Die Autobahn GmbH sowie das Fernstraßenbundesamt benötigen einen Nachweis zur Beurteilung der Blendfreiheit. Sollte eine Blendung durch örtliche Verhältnisse ausgeschlossen sein, so ist ein zusätzliches Blendgutachten nicht erforderlich.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Landesbetrieb Straßenbau NRW wurde bereits beteiligt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet.</p>
3.	13.09.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein 1. Untere Wasserbehörde) (Stellungnahmen zum B-Plan und FNP)	Die Umsetzung der Planung wird im Hinblick auf das Schutzgut Wasser keine relevanten Auswirkungen haben.	Beschlussempfehlung entfällt

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
		2. Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (Stellungnahmen zum B-Plan und FNP)	Keine Anregungen oder Bedenken	Beschlussempfehlung entfällt
		3. Untere Naturschutzbehörde (Stellungnahme zum B-Plan)	<p>1. Die Bodenfreiheit der Zaunanlage von 20 cm wird positiv bewertet. Für Rehwild erscheinen 20 cm Bodenfreiheit allerdings zu gering.</p> <p>2. Inwiefern nur einmalige Ortsbegehung für eine hinreichende Bewertung artenschutzfachlicher und –rechtlicher Aspekte ausreichend war ist anhand der Unterlagen nicht abschließend zu beurteilen. Die äußeren Faktoren, wie z.B. die Witterungsbedingungen, Dauer und Tageszeiten wurden nicht genannt.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt Es wird eine Zaunanlage mit einer Bodenfreiheit von 20 cm festgesetzt. Diese ermöglicht es Mittelsäugern auf diese Fläche zu gelangen. Für Großsäuger ist eine Zugänglichkeit nicht gegeben, jedoch stehen in der näheren Umgebung weitere Grünflächen zur Verfügung. Eine Zugänglichkeit dieser Flächen für Großsäuger ist weiterhin über die an das Plangebiet angrenzenden Waldbestände möglich.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Potenzial-Analyse erfolgt durch eine fachkundige Beurteilung der Flächen/Strukturen bezüglich ihres Lebensraumpotenzials durch in der Regel einmalige örtliche Begehung („faunistisch kundige Übersichtsbegehung“, vgl. ALBRECHT et al. 2014). Faunistische und floristische Erfassungen wurden von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für das Bauleitplanverfahren nicht gefordert. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist daher als worst-case-Betrachtung durchgeführt worden. Die äußeren Faktoren der Ortsbegehung</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			3. Anmerkungen zur ökologischen Flächenbilanzierung.	wurden im Umweltbericht und dem Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag ergänzt. Beschlussempfehlung entfällt Die Bilanzierung wurde auf die GRZ 0,6 angepasst. Beeinträchtigung Landschaftsbild wurde verbal argumentativ erläutert und nicht in die Bewertung mit aufgenommen, da keine erhebliche Beeinträchtigung entstehen sind.
			4. Die Planurkunde bedarf der Hinweise über Berücksichtigung der Verbotsbestimmungen und der Abzeichnung der artenschutzrechtlichen Verbotsbestände.	Beschlussempfehlung entfällt Die entsprechenden Hinweise wurden im Bebauungsplan aufgenommen.
		3. Untere Naturschutzbehörde (Stellungnahme zum FNP)	1. Die Berücksichtigung des naturschutzrechtlichen Vermeidungsgebotes zur Umsetzung der kommunalen Klimaschutzziele ist zu prüfen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass sich z.B. große öffentliche Flachdachgebäude für die Nutzung als PV-Standorte anbieten und dadurch die Inanspruchnahme der Landwirtschaftsflächen und Erholung dienender Freiraumbereiche vermieden werden könnten.	Beschlussempfehlung entfällt Der Rat der Stadt Siegen am 26.02.2020 den Beschluss gefasst, die Kapazitäten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kurzfristig im Stadtgebiet auszubauen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt, geeignete Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen, eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>Das vom kommunalen Vorhabenträger SVB in Siegen-Gosenbach am Rothenberg verfolgte Projekt ist als wichtiger Impuls für die Umsetzung der Energiewende in der Region einzuordnen. Es stellt einen ersten maßgeblichen kommunalen Baustein zum Aufbau von Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Stadtgebiet Siegen dar. Der zu beschreitende Ausbaupfad in der Stadt Siegen wird zukünftig sowohl die Umsetzung von Freiflächen- als auch Dachflächenanlagen bedingen. Im Vergleich zu Dachflächenanlagen führen Freiflächenanlagen in der Regel zu einer deutlich größeren und effizienteren Stromerzeugung als Dachflächenanlagen. Da sich die potenziellen Freiflächen in den beschriebenen Förderkulissen in peripheren und damit netztechnisch weniger stark beanspruchten Gebieten befinden, ist zudem hervorzuheben, dass die notwendige Netzanschlusskapazität dort überwiegend vorhanden ist. Hingegen ist bei vergleichbar großen Projekten auf Dachflächen häufig festzustellen, dass entweder die Netzanschlusskapazität oder die notwendigen Traglasten der Dächer nicht gegeben sind.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Ergänzung zur Betroffenheit des Landschaftsschutzgebietes im Umweltbericht</p>
			2. Der vorgesehene Änderungsbereich befindet sich im Geltungsbereich des über den Landschaftsplan Siegen ausgewiesenen	

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Landschaftsschutzgebietes Siegen. Entsprechend der Umsetzung der Inhalten des im Parallelverfahren befindlichen Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ können entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes nur dann mit einer Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft gesetzt werden, wenn die Untere Naturschutzbehörde im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens eine entsprechenden Darstellung nicht widersprochen hat. Die Voraussetzung für eine Zustimmung ist anhand der bisher gelieferten Daten noch nicht erfüllt.</p>	<p>sowie die Erläuterung des Schutzzwecks zum LSG werden entsprechend noch ergänzt.</p>
			<p>3. Es wird darauf hingewiesen, dass Südöstlich an den Änderungsbereich angrenzend, seitens der Stadt Siegen vor bereits einiger Zeit Wildkirschen entlang der Grundstücksgrenze von Flurstück 143 gepflanzt wurden. Diese Anpflanzung steht als Kompensation im Zusammenhang mit einer Waldumwandlungsmaßnahme und unterliegt dem Schutz nach § 39 LNatSchG NRW als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zum Kenntnis genommen</p>
		4. Fachgebiet Immissionsschutz (Stellungnahme zum B-Plan und FNP)	<p>Keine Bedenken</p> <p>Anregung: die Module der PV-Anlage sollten aus Gründen des Blendschutzes reflektionsarm sein.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet.</p>
		5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise zum B-Plan	<p>1. Die Aussagen zur nicht überbaubaren Flächen sollten konsequenterweise unter den textlichen Festsetzungen getroffen werden. Ebenso sollte in der Zeichenerklärung zwischen überbaubarer und nicht überbaubarer Fläche differenziert werden. Die Farbdarstellung der Grünfläche fehlt und könnte ggf. um die Festsetzung Fläche zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern ergänzt werden (einschließlich textlicher Festsetzung).</p> <p>2. In der Begründung sollten Aussagen zu den Grundsätzen und Zielen des</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Aussage zur nicht überbaubaren Flächen wurde aus dem Bebauungsplan rausgenommen. Die Überbaubare Fläche befindet sich innerhalb der Abgrenzung der Baugrenze und ist gemäß PlanZV im Plan dargestellt. Weiterer Hinweis wurde im Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Entsprechende Textbausteine wurden in die</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			Landesentwicklungsplanes und des regionalplanes bezüglich der Solarenergienutzung eingegangen werden.	Begründung eingefügt.
			3. Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist in der Begründung bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden.
			4. Verkehrte Rechtsgrundlage verwendet.	Beschlussempfehlung entfällt Die Rechtsgrundlage wurde angepasst.
			5. Unterschiedliche GRZ in B-Plan und Begründung festgesetzt.	Beschlussempfehlung entfällt Die GRZ wurde in B-Plan sowie in der Begründung mit 0,6 festgesetzt.
			6. Verschiedene Hinweise zum Umweltbericht	Beschlussempfehlung entfällt Die Hinweise wurden im Umweltbericht entsprechend angepasst bzw. ergänzt.
		5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise zum FNP	1. Die Darstellung des Bestandsplans (Grünfläche) stimmt nicht mit dem Original-FNP (Fläche für Landwirtschaft) überein.	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden. Die standardmäßige Einstellung des Zeichenprogramms benutzte für die beiden Flächendarstellungen die gleiche Farbe. Um die beiden Flächeninhalte besser unterscheiden zu können wurde die Darstellungsfarbe der „Fläche für die Landwirtschaft“ nachträglich manuell geändert und an die Planzeichenverordnung angepasst.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			2. Die Abgrenzungen zwischen der Wohnbaufläche und der Fläche für die Landwirtschaft südlich der L 533 verläuft anders.	Beschlussempfehlung entfällt Die im Bestandsplan dargestellten Flächen beinhalten bereits die 62. Änderung Nr. 3 „Gosenbach Schrenkerfeld“ und die 62. Änderung Nr. 5 „Gosenbach Am Stein Teil B“ die im Original-FNP noch nicht dargestellt waren.
			3. Ein FNP enthält keine Festsetzungen nach § 9 BauGB sondern lediglich Darstellungen nach § 5 BauGB.	Beschlussempfehlung entfällt Die FNP-Änderung wurde entsprechend geändert.
			4. Die Sonderbaufläche sollte auch im FNP näher definiert werden und die Planzeichen-erklärung sollte alle im Planausschnitt verwendeten Darstellungen erläutern.	Beschlussempfehlung entfällt Die Hinweise wurden in die FNP-Änderung eingearbeitet.
			5. In der Begründung sollten Aussagen zu den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplanes und des regionalplanes bezüglich der Solarenergienutzung eingegangen werden.	Beschlussempfehlung entfällt Entsprechende Textbausteine wurden in die Begründung eingefügt.
			6. Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist in der Begründung bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden.
			7. Verkehrte Rechtsgrundlage verwendet.	Beschlussempfehlung entfällt Die Rechtsgrundlage wurde angepasst.
			8. Eine Aussage zum Netzanschlusspunkt würde als Hilfreich empfunden.	Beschlussempfehlung entfällt Der Netzanschlusspunkt der PV-Anlage

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			9. Da es sich um ein FNP-Änderungsbereich handelt sollte in Planerklärung der Zeichen zur Abgrenzung „Grenze des Änderungsbereiches“ lauten.	<p>befindet sich in der Höhe der Mobilfunksendeanlage an der Siegener Straße 120</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wurde befolgt</p>
4.	01.09.2021	Landesbetrieb Straßenbau NRW	Gegen den Bebauungsplan bzw. Flächennutzungsplanänderung werden keine Bedenken vorgebracht soweit die verkehrliche Erschließung nicht über eine Zufahrt zu freien Strecke der klassifizierten Straße (L 533) erfolgt.	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die verkehrliche Erschließung der geplanten Anlage erfolgt über den südlich der Sonderbaufläche vorhandenen Wirtschaftsweg, der über die vorhandene Buswende an die Siegener Straße (L533) mündet. Eine entsprechende Festsetzung bzw. Darstellung wurde in den Bebauungsplan vorgenommen.</p>
5.	13.08.2021	Landesbetrieb Wald und Holz NRW	<p>Keine Bedenken. Auf die Brandgefahr ausgehend von PV-Anlage sowie vom Wald wurde hingewiesen. Es wird empfohlen den Waldbesitzer (Stadt Siegen) durch eine Haftverzichtvereinbarung von möglicher Haftung betreffend der vom angrenzenden Wald ausgehenden Gefahren von der Verkehrssicherungspflicht zu entbinden. Mit dem Brandschutzbeauftragten sollte ein Brandschutzkonzept abgestimmt werden.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt In einem gesonderten Vertrag mit der Stadt Siegen wird ein Haftungsverzicht seitens der SVB vereinbart werden.</p> <p>Eine Abstimmung mit der Feuerwehr hat stattgefunden und wird im Rahmen des</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			Die Erreichbarkeit der Waldfläche besonders für die Feuerwehr ist dauerhaft zu gewährleisten.	Bauantragverfahrens konkretisiert. Die Erreichbarkeit des Waldes ist gewährleistet.
6.	11.09.2021	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW	Keine Einwände zu der Errichtung der Anlage. Es ist wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Photovoltaikanlagen eignen sich hierbei sehr gut an insbesondere auf den Flächen die vom Borkenkäfer befallen sind und der Wald nicht mehr vorhanden ist	Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
7.	17.08.2021	NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.	1. Das Vorhaben soll in gültigen Landschaftsschutzgebiet (LSG) der Stadt Siegen verwirklicht werden. Es soll noch überprüft werden, ob die Planung mit dem Sinn und Zweck dieses LSG übereinstimmt oder ihn widerspricht. 2. Der im Planbereich vorhandenen Trampelpfad deutet durchaus auf eine Nutzung zur Erholung hin, von der geplanten Anlage können störende Lichtreflexe ausgehen und das Empfinden des Landschaftsbildes kann gestört werden.	Beschlussempfehlung entfällt Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten bei der Umsetzung von Inhalten des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u. a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) außer Kraft. Beschlussempfehlung entfällt Der Pfad endet im nördlich gelegenen Wald. In diesem Bereich befanden sich zum Zeitpunkt der Ortsbegehung Ablagerungen von Müll, sodass eine Nutzung des Pfades zur Erholungsnutzung nicht angenommen wird. Eine Störung der Erholungsnutzung durch Lichtreflexe wird daher nicht angenommen.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				Auch auf dem angrenzenden, asphaltierten Wirtschaftsweg sind durch die Ausrichtung der Module keine nennenswerten Lichtreflexe anzunehmen, sodass das Empfinden des Landschaftsbildes nicht erheblich beeinträchtigt wird.
			3. Im Gutachten fehlt die genaue Betrachtung, von wo überall und wie stark die PV-Anlagen zu sehen sind. Es ist daher unbedingt noch zu prüfen ob, um das Vorhaben zu verwirklichen, eine Befreiung oder Ausnahme vom Landschaftsschutz beantragt werden muss.	Beschlussempfehlung entfällt Durch die vorgesehene Eingrünung ist eine Sichtbarkeit von der „Siegener Straße“ zukünftig nicht gegeben. Lediglich von dem angrenzenden Wirtschaftsweg ist eine Sichtbarkeit aus dem Nahbereich gegeben. In südliche Richtung befindet sich ein Gehölzbestand, sodass hier die PV-Module sichtverschattet liegen. Eine Fernwirkung der PV-Anlage ergibt sich damit nicht. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die PV-Anlage entsteht nicht.
			4. Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist.	Beschlussempfehlung entfällt Die Biotopverbundfläche umfasst den „Nördlichen Giebelwald“. Neben dem Plangebiet selbst sind hier insbesondere die umliegenden Waldbestände Teil der Biotopverbundfläche. Der Verbund dieser Waldflächen bleibt weiterhin bestehen.
			5. Die Auflage des Mindestabstandes der Einfriedung von einem Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante soll im Bebauungsplan aufgeführt werden.	Der Anregung wird gefolgt Im Bebauungsplan wird die Bodenfreiheit der Zaunanlage von 20 cm festgesetzt.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>6. Durch das Planvorhaben geht der eindeutig notwendige Lebensraum von Rotmilan und Raubwürger verloren. Dies soll noch eingehender untersucht werden.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Der Rotmilan kommt im Siegerland nahezu flächendeckend vor. Der nächste bekannte Brutstandort ist vom Plangebiet ca. 3,5 km entfernt in Richtung Oberschelden. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Der Raubwürger ist im Siegerland nur ein sehr seltener Brutvogel und kommt im Stadtgebiet von Siegen nicht mehr vor. Im Siegerland gehören große Kahlschlags- und Windwurfflächen zu seinen bedeutendsten Habitaten. Dadurch ist die Aussage unzutreffend, dass der Raubwürger durch das Planvorhaben Lebensraum verliert. Weitergehende Untersuchungen sind somit für diese beiden Vogelarten nicht notwendig.</p>
			<p>7. Die artenschutzrechtlichen Untersuchungen sind sehr knapp gefasst und fallen unbefriedigend aus. Bemängelt wird auch, dass nur eine Ortsbegehung stattgefunden hat und hier keine Tier- und Pflanzenarten genannt wurden. Es wird hingewiesen, dass auch wenn im Gebiet keine streng geschützten Pflanzenarten</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Laut des Leitfadens „Methodenhandbuch zur Artenschutzprüfung in NRW – Bestandserfassung und Monitoring“ von Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW“ erfolgt die Potenzial-Analyse durch eine</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>wachsen, die Artenzusammensetzung durchaus von Bedeutung für die Beurteilung wäre.</p> <p>8. Im Zeichen des Klimawandels ist es durchaus wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Photovoltaik eignet sich hierbei sehr gut, da sie häufig auch geringere Konflikte zu Naturschutzgütern bewirkt. Laut vielen Untersuchungen gibt es allerdings speziell in Städten wie auch in Siegen sehr viele schon versiegelte Flächen, die sich für die Erzeugung von regenerativem Strom mittels PV-Anlagen eignen. Deshalb sollte wirklich überlegt werden, ob man hier eine Freifläche zur Bebauung nutzt. Freiflächen sind in Siegen ein knappes Gut, auch wird hier wieder eine Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen!</p>	<p>fachkundliche Beurteilung der Flächen / Strukturen bezüglich ihres Lebensraumpotenzials durch in der Regel einmalige örtliche Begehung. Eine faunistische Untersuchung wurde bislang von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein nicht gefordert. Da der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag als Worts-Case-Szenario durchgeführt wurde, ist diese aus fachgutachterlicher Sicht auch entbehrlich. Im Umweltbericht / Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zur Artenzusammensetzung der Mähwiese wurde ergänzt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt In Siegen wurde diese Zielsetzung vom Rat in einem Grundsatzbeschluss am 26.02.2020 gefasst, wonach erneuerbare Energien kurzfristig im Stadtgebiet ausgebaut werden sollen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen. Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion.</p> <p>Alternative Möglichkeiten, die der Nutzung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage entsprechen, bildet die Nutzung anderweitiger Dachflächen, wie bei Gewerbe- oder Wohnhäusern. Jedoch erfordert diese Nutzungsart den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt Eine Rückbauverpflichtung soll ohne konkrete Zeitvorgabe, sondern nach</p>
			9. Nach Beendigung der Nutzung der Fläche zur Erzeugung regenerativen Energie mittels PV-Anlage sollte ein Rückbau erfolgen und	

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			die ursprüngliche Grünfläche wieder hergestellt werden.	Nutzungsende, in einem städtebaulichen Vertrag vereinbart werden.
			10. Die Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages müssen noch textlich in den eigentlichen B-Plan aufgenommen werden	Der Anregung wird gefolgt Die Vermeidungsmaßnahmen wurden als Hinweise im Bebauungsplan aufgenommen.
08.09.2021		NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.	<p>1. Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen der PV-Anlage auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdhabitat mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegende Insekten können noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäufern wird nicht mehr möglich sein.</p> <p>2. Der Verfasser war im Rahmen der Artenschutzprüfung nur an einem einzigen Termin, am 20. Mai 2021, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage in diesem Frühjahr war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Fledermäuse nutzen das Plangebiet ausschließlich als Nahrungshabitat, dieses ist jedoch nicht als essenziell einzustufen, da im Umfeld weitere Offenlandflächen zur Verfügung stehen. Zudem steht das Plangebiet als Jagdhabitat für Fluginsekten weiter zur Verfügung. Durch die weiter vorgesehene, extensive Bewirtschaftung des Grünlandes wird sich das Nahrungsangebot nicht wesentlich verschlechtern.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Faunistische und floristische Erfassungen wurden von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für das Bauleitplanverfahren nicht gefordert. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist daher als worst-case-Betrachtung durchgeführt worden. Auch wenn die Vegetationsentwicklung 2021 bis zu 14 Tage hinter der normalen</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf- Ameisenbläuling anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juni bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen.</p> <p>Diese Schlussfolgerung ist aus vielerlei Hinsicht unseriös. Erstens fand nur eine Begehung statt, was den Richtlinien einer artenschutzrechtlichen Prüfung nicht genügt. Zweitens konnte der Ameisenbläuling nicht beobachtet werden, da die Begehung für diese Art zum falschen Zeitpunkt stattfand.</p> <p>Wie oben beschrieben, konnte am 20.5 keine Vegetationsaufnahme stattfinden. Dies gilt insbesondere für den Großen Wiesenknopf. Es sei denn, es ist ein Spezialist, der alle Pflanzen anhand der vegetativen Merkmale eindeutig bestimmen kann.</p>	<p>Entwicklung zurücklag, konnte eine Vielfalt von krautigen Arten und Gräsern festgestellt werden. Beispielhaft werden Arten im Gutachten ergänzt, eine Artenliste ist nicht zwingender Bestandteil eines Artenschutzrechtlichen Fachbeitrags oder eines Umweltberichtes.</p> <p>In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Landschaftsinformationssammlung NRW keine Fundorte von geschützten Pflanzen aufführt und auch keine Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen vorliegen. Auch wenn die Ortsbegehung für die Feststellung des Großen Wiesenknopfs zu früh gewesen sein mag, ist ein Vorkommen der Art auf dem Grünland als unwahrscheinlich einzustufen. Der Große Wiesenknopf ist eine typische Art der wechselfeuchten Nasswiesen und Moorwiesen.</p> <p>Sofern faunistische Untersuchungen durchgeführt werden, ist eine einmalige Begehung nicht ausreichend. Im vorliegenden Fall wurde aufgrund der absehbaren Wirkungen des Vorhabens (nur geringe Versiegelung, im Wesentlichen nur eine Überschattung von Flächen bei gleichzeitigem Erhalt von artenreichem Grünland) eine faunistische Untersuchung auch seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für nicht erforderlich gehalten,</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>3. Es fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss.</p> <p>4. Dies ist fatal, denn viele Entscheidungsträger lesen leider nicht das gesamte Gutachten und ihnen fehlt die Fachkompetenz falsch gezogene Schlüsse zu erkennen. Aber sie legen auf Grundlage dieses Fachbeitrags die weiteren Schritte im Verfahren fest. Das Gutachten ist unseriös und ist für das Planungsvorhaben in keiner Weise brauchbar. Um die juristisch notwendigen Schritte im Rahmen dieses Planungsvorhabens zu gewährleisten, ist eine ASP I, die den Zeitraum April bis Ende August umfasst, absolut notwendig.</p>	<p>weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worst-case-Betrachtung durchgeführt wurde.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Für Fledermäuse gehen keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch das Vorhaben verloren, da weder Gehölze noch Gebäude betroffen sind. Grundsätzlich stellt das Plangebiet ein potenzielles Nahrungshabitat für Fledermäuse aus den angrenzenden Wald- und Gehölzbeständen dar. Dieses Nahrungshabitat bleibt jedoch zum einen erhalten und bildet zudem kein essenzielles Nahrungshabitat. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Monitoring von Fledermäusen nicht notwendig, da sich keine Betroffenheiten ergeben.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Eine faunistische Untersuchung wurde seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen- Wittgenstein für nicht erforderlich gehalten, weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worstcase-Betrachtung durchgeführt wurde.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
8.	30.08.2021	Landwirtschaftskammer NRW	1. Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion und ist grundsätzlich abzulehnen.	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>In Siegen wurde diese Zielsetzung vom Rat in einem Grundsatzbeschluss am 26.02.2020 gefasst, wonach erneuerbare Energien kurzfristig im Stadtgebiet ausgebaut werden sollen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen.</p> <p>Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				Futtermittelproduktion.
			2. Aus agrarstruktureller Sicht ist das Aufstellen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen aufgrund des hohen Flächenverbrauchs kritisch zu sehen.	Beschlussempfehlung entfällt Es handelt sich im vorliegenden Fall um eine verhältnismäßig kleine und zusätzlich extensiv genutzte landwirtschaftliche Fläche von etwa 0,9 ha Größe. Ein erheblicher Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche ergibt sich somit durch die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht.
			3. Ineffiziente Ausnutzung der begrenzten Ressourcen durch Inanspruchnahme der Dach- und Fassadenflächen in Industriegebieten.	Beschlussempfehlung entfällt Die Nutzung der Dach und Fassadenflächen in Industriegebieten als Photovoltaikanlage erfordert den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.
			4 Die zu erbringende Kompensationsmaßnahmen sollen keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen außerhalb des Planungsraums in Anspruch nehmen.	Beschlussempfehlung entfällt Für die Kompensationsmaßnahmen werden keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen beansprucht. Der Ausgleich erfolgt durch eine Entfichtungsmaßnahme.
			5. Die im gültigen Flächennutzungsplan betroffene Fläche ist nicht als „Grünfläche“ sondern als „Fläche für die Landwirtschaft“	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden. Die

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			ausgewiesen.	standardmäßige Einstellung des Zeichenprogramms benutzte für die beiden Flächendarstellungen die gleiche Farbe. Um die beiden Flächeninhalte besser unterscheiden zu können wurde die Darstellungsfarbe der „Fläche für die Landwirtschaft“ nachträglich manuell geändert und an die Planzeichenverordnung angepasst.
9.	09.08.2021	PLEdoc	<p>Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans / Flächennutzungsplans verläuft eine Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungsachse). Der Schutzstreifenbereich muss aus sicherheits- und überwachungstechnischen Gründen von Bebauungen oder sonstigen Einwirkungen, die den Bestand bzw. den Betrieb der KSR-Anlage beeinträchtigen oder gefährden, freigehalten werden. Dies bedeutet, dass die Errichtung von Modulen und der zugehörigen Bauwerke (z. B. Trafostation) innerhalb des Schutzstreifenbereichs nicht zulässig ist. Die Baugrenzen sind den Schutzstreifenbegrenzungslinien anzupassen. Vor Baubeginn muss grundsätzlich eine örtliche Leitungskennzeichnung durch den eingangs genannten Beauftragten erfolgen,</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Lage der KSR-Anlage ist im Bebauungsplan dargestellt worden. Entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsplan aufgenommen worden.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>damit der Schutzstreifenbereich tatsächlich von unzulässigen Be- und Überbauungen frei bleibt. Bei der Planung von Zaunanlagen ist zu beachten, dass bei querenden Zaunfeldern die Pfosten nicht direkt über der KSR-Anlage eingebracht werden dürfen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Zugänglichkeit der KSR-Anlage zu Reparatur- und Wartungszwecken jederzeit gewährleistet sein muss. Die Ausweisung privater/öffentlicher Verkehrswege im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer/gleich 1,0 m auszulegen. Detaillierte Planunterlagen sind uns zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme vorzulegen. Bäume, Hecken und tiefwurzelnde Sträucher dürfen grundsätzlich nur außerhalb des Schutzstreifenbereiches angepflanzt werden. Die der KSR-Anlage ist in den beigefügten Unterlagen dargestellt.</p>	

Sachverhalte / Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
1.	08.08.2021	Bürger	<p>1. Die Errichtung der PV-Anlage dürfte nach Meinung des Bürgers auf dem Wiesengelände am Rothenberg nicht genehmigt werden, weil dort die Anlage die Landwirtschaftliche Nutzung zur Gewinnung von Tierfutter verhindert.</p> <p>2. Ferner muss die Fläche eingezäunt werden und es müssten Baumaßnahmen zur Einspeisung des von der Anlage produzierten Stroms gebaut werden.</p> <p>3. Des Weiteren hat das Gelände nicht optimale Ausrichtung zur Sonne.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche wird als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, weshalb die Tierfutterproduktion eingeschränkt ist.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Es wird eine Zaunanlage mit einer Bodenfreiheit von 20 cm festgesetzt. Diese ermöglicht es Mittelsäugern auf diese Fläche zu gelangen. Für Großsäuger ist eine Zugänglichkeit nicht gegeben, jedoch stehen in der näheren Umgebung weitere Grünflächen zur Verfügung. Eine Zugänglichkeit dieser Flächen für Großsäuger ist weiterhin über die an das Plangebiet angrenzenden Waldbestände möglich. Um die Eingriffe in den Boden auf ein Minimum zu begrenzen und einen leichten Rückbau der Anlagen zu ermöglichen, sind nur aufgeständerte Anlagen mit Ramm- und Schraubfundamentierungen in stationärer Bauweise zulässig.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Durch die Unterkonstruktion werden die Solarzellen schräg angeordnet damit die Sonneneinstrahlung optimal ausgenutzt</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				werden kann.
			4. Nach Meinung des Bürgers verfolgt die SVB die Darstellung als grünes Unternehmen und möchte mit dem Bau staatliche Förderungen abgreifen.	Beschlussempfehlung entfällt Durch aufstellen der PV-Anlage können laut Gesetz staatliche Fördermitteln genutzt werden.
			5. Im Industriegebiet Marienhütte gibt es bis abends von der Sonne beschienen Hallendächer die der SVB für die PV-Anlage nutzen könnte.	Beschlussempfehlung entfällt Die Nutzung der Dach und Fassadenflächen in Industriegebieten als Photovoltaikanlage erfordert den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.

Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
1.	25.04.2022	Die Autobahn GmbH des Bundes	<p>1. Die Darstellungen der Flächen im FNP und im Bebauungsplan sind anzugleichen</p> <p>2. Durch die auf der eigentlichen Photovoltaikfläche geplanten Module dürfen die Verkehrsteilnehmer auf der A 45, einschließlich der Anschlussstelle Siegen, keiner Blendungswirkung oder Ablenkung als Folge von Reflexionen ausgesetzt werden.</p> <p>3. Das Fernstraßen-Bundesamt und die Autobahn GmbH sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu beteiligen</p> <p>4. Bauliche Anlagen in einer Entfernung von 100 m von der BAB bedürfen einer Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. In diesem Zusammenhang ist im</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Darstellung der Flächen im FNP ist gem. BauGB gegenüber dem Bebauungsplan ausreichend detailliert abgebildet worden.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Das Fernstraßen-Bundesamt und die Autobahn GmbH werden zu gegebener Zeit bei dem Baugenehmigungsverfahren beteiligt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Eine Anbaubeschränkungszone im Bereich der Verbindungsrampe wurde im Bebauungsplan zeichnerisch dargestellt.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Bebauungsplan auch die 100 m - Anbaubeschränkungszone im Bereich der Verbindungsrampen der Anschlussstelle Siegen zeichnerisch darzustellen</p> <p>5. Der im Bebauungsplan ausgewiesene private Gehölzstreifen wird am westlichen Rand durch den geplanten Brückenneubau im Zuge der L 533 und der damit verbundenen Trassenanpassung tangiert. Bei einer Neubepflanzung der Fläche sind die überplanten Randbereiche freizuhalten.</p> <p>6. Werbeanlagen und Bauschilder die von der Autobahn oder von den Verbindungsrampen eingesehen werden können, bedürfen der straßenrechtlichen Zustimmung. Ein entsprechender textlicher Hinweis ist in die Bauleitplanung zu übernehmen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Tangierte Fläche ist als private Grünfläche mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträucher festgesetzt. Die betroffene Fläche kann zum späteren Zeitpunkt der genaueren Straßenplanung angepasst werden.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Ein entsprechender Hinweis wurde bereits in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>
2.	20.04.2022	<p>Kreis Siegen-Wittgenstein</p> <p>1. Untere Wasserbehörde</p> <p>2. Untere Abfallwirtschaft- und Bodenschutzbehörde</p>	<p>Keine Bedenken Die Beschränkung der versiegelten Fläche und der Verzicht auf Schotterrasenflächen für Wartungswege und Wendefläche ist zu begrüßen.</p> <p>Keine Bedenken Die im Umweltbericht beschriebenen Vermeidungs- und</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			Verminderungsmaßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen sollen angewendet werden.	
		3. Untere Naturschutzbehörde	Keine grundsätzliche Bedenken	Beschlussempfehlung entfällt
			Es ist wünschenswert einen Hinweis in die Begründung des FNP sowie des BPlanes aufzunehmen, dass die Verbotsbestimmungen des Landschaftsplanes Siegen für das Landschaftsschutzgebiet Siegen bei Rechtskraft des Bebauungsplanes nur zurücktreten, sofern im Flächennutzungsplanverfahren seitens des Kreises als Träger der Landschaftsplanung nicht widersprochen wurde.	Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wurde in die Begründung des FNP sowie des BPlanes aufgenommen
			Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Seite 15, Ziffer 6.2 / letzte Absatz) ist eine unklare Anmerkung bzgl. faunistischer Untersuchung	Beschlussempfehlung entfällt Die artenschutzrechtliche Beurteilung wird als worst-case-Szenario durchgeführt.
			In der Zusammenfassung des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (Ziffer 7.0) werden die Maßnahmen, die erforderlich sind um das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotsbestände zu vermeiden im Konjunktiv formuliert, welches einen im Artenschutzrecht allerdings nicht vorhandenen Abwägungsspielraum suggeriert.	Beschlussempfehlung entfällt Die Formulierung im Konjunktiv wurde aus den Maßnahmen im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag entfernt.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			In den Planunterlagen werden keine Maßnahmen des Artenschutzes die Beeinträchtigungen von Arten oder Habitaten kompensiert.	Beschlussempfehlung entfällt Bei Einhaltung der allgemeinen Vermeidungsmaßnahmen werden keine Beeinträchtigungen von Arten oder deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten entstehen. Die Formulierung wurde im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag entsprechend angepasst.
			Aus den Planunterlagen sollte es hervorgehen um welches Ökokonto es sich bei den Kompensationsmaßnahmen handelt. Es wird empfohlen sich für das weitere Vorgehen mit der uNB in Verbindung zu setzen.	Beschlussempfehlung entfällt Zur Kompensation wird das Ökokonto von der Stadt Siegen bekannten Zivilperson herangezogen. Auf dem Grundstück Gemarkung Richstein, Flur 10, Flurstück 14 wurde eine Entfichtung durchgeführt. Zur Inanspruchnahme des Ökokontos fanden Abstimmungen zwischen dem Vorhabenträger und der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein statt.
		4. Untere Immissionsschutzbehörde	Keine Bedenken	Beschlussempfehlung entfällt
		5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise	Im Entwurf des Flächennutzungsplanes fehlt die Darstellung des Erholungsbereiches	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche des Erholungsbereiches befindet sich außerhalb der zu Änderten Fläche. Bei der Offenlage (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) wurde die besagte Fläche richtig dargestellt. Nur bei der Beteiligung der TöB wurde die Darstellung des Erholungsbereiches irrtümlicherweise nicht dargestellt.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
3.	07.04.2022	NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein	<p>Die Planung wird abgelehnt Durch den hohen Waldanteil im Kreis Siegen-Wittgenstein von 70% ist der Offenlandbereich zur Produktion von Lebensmitteln und als Lebensraum für viele Arten relativ knapp.</p> <p>Durch die Nutzung der knappen Offenlandbereiche durch Solarparks verringern sich auch die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Diese Produktionsverluste werden von den Landwirten durch Intensivierung der Bearbeitung anderen Flächen versucht zu kompensieren. Dies bedeutet dann eventuell höhere Einsatz von Pestiziden und Herbiziden sowie noch größere Düngemengen, was wiederum zu einer Gefahr für unser Grund- und Trinkwasser führt.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Für Offenlandarten ist die Vorhabensfläche aufgrund der Nähe zur BAB 45 sowie der Landesstraße und der daraus resultierenden Flucht- und Effektdistanzen nicht als Fortpflanzungs- und Ruhestätte für störungsanfällige geeignet. Beim Plangebiet handelt es sich daher für diese Arten ausschließlich um ein Nahrungshabitat, das nicht als essenziell einzustufen ist, da im Umfeld weitere Offenlandflächen zur Verfügung stehen. Für die häufigen und weit verbreiteten Arten bleibt eine grundsätzliche Eignung, auch bei Vorhandensein der Photovoltaik-Module erhalten.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Wie sollen z.B. Greifvögel und Eulen auf einem mit Solarpaneelen ausgestatteten Gebiet Mäuse jagen, um überleben zu können?</p> <p>Die Nutzung der Offenlandbereiche zur Erzeugung von erneuerbaren Energien ist nicht notwendig, da es genügend Alternativen gibt. Es werden noch nicht einmal 10% der nach Süden ausgerichteten zur Erzeugung von Strom durch Sonnenenergie geeigneten Dachflächen mit Paneelen genutzt. Dafür würden sich versiegelte Flächen, wie z.B. Parkplätze und große Dächer von Industriehallen in Gewerbegebieten anbieten.</p>	<p>Futtermittelproduktion.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat für Greifvögel und Eulen eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Zudem steht das Plangebiet als Jagdhabitat für Fluginsekten weiter zur Verfügung.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Alternative Möglichkeiten, die der Nutzung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage entsprechen, bildet die Nutzung anderweitiger Dachflächen, wie bei Gewerbe- oder Wohnhäusern. Jedoch erfordert diese Nutzungsart den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
	22.04.2022		<p>Der Verfasser war im Rahmen der Artenschutzprüfung nur an einem einzigen Termin, am 20. Mai 2021, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage in diesem Frühjahr war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf- Ameisenbläuling anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juni bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Faunistische und floristische Erfassungen wurden von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für das Bauleitplanverfahren nicht gefordert. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist daher als worst-case-Betrachtung durchgeführt worden. Auch wenn die Vegetationsentwicklung 2021 bis zu 14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurücklag, konnte eine Vielfalt von krautigen Arten und Gräsern festgestellt werden. Beispielhaft werden Arten im Gutachten ergänzt, eine Artenliste ist nicht zwingender Bestandteil eines Artenschutzrechtlichen Fachbeitrags oder eines Umweltberichtes. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Landschaftsinformationssammlung NRW keine Fundorte von geschützten Pflanzen aufführt und auch keine Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen vorliegen. Auch wenn die Ortsbegehung für die Feststellung des Großen Wiesenknopfs zu früh gewesen sein mag, ist ein Vorkommen der Art auf dem Grünland als unwahrscheinlich einzustufen. Der Große Wiesenknopf ist eine typische Art der wechselfeuchten Nasswiesen und Moorwiesen. Sofern faunistische Untersuchungen durchgeführt werden, ist eine einmalige Begehung nicht ausreichend. Im vorliegenden Fall wurde aufgrund der</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>absehbaren Wirkungen des Vorhabens (nur geringe Versiegelung, im Wesentlichen nur eine Überschattung von Flächen bei gleichzeitigem Erhalt von artenreichem Grünland) eine faunistische Untersuchung auch seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für nicht erforderlich gehalten, weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worst-case-Betrachtung durchgeführt wurde.</p>
			Es fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss.	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Für Fledermäuse gehen keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch das Vorhaben verloren, da weder Gehölze noch Gebäude betroffen sind. Grundsätzlich stellt das Plangebiet ein potenzielles Nahrungshabitat für Fledermäuse aus den angrenzenden Wald- und Gehölzbeständen dar. Dieses Nahrungshabitat bleibt jedoch zum einen erhalten und bildet zudem kein essenzielles Nahrungshabitat. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Monitoring von Fledermäusen nicht notwendig, da sich keine Betroffenheiten ergeben.</p>
			Es fehlt auch ein Vogelmonitoring, das an mehreren Tagen früh morgens hätte stattfinden muss.	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Eine faunistische Untersuchung wurde auch seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für nicht</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>erforderlich gehalten, weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worst-case-Betrachtung durchgeführt wurde.</p> <p>Als Schutzzweck für diese Biotopverbundflächen werden Rotmilan und Raubwürger genannt. Durch das Planvorhaben geht eindeutig notwendiger Lebensraum dieser Vogelarten verloren.</p> <p>Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen einer PV-Anlage</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Rotmilan kommt im Siegerland nahezu flächendeckend vor. Der nächste bekannte Brutstandort ist vom Plangebiet ca. 3,5 km entfernt in Richtung Oberschelden. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Der Raubwürger ist im Siegerland nur ein sehr seltener Brutvogel und kommt im Stadtgebiet von Siegen nicht mehr vor. Im Siegerland gehören große Kahlschlags- und Windwurfflächen zu seinen bedeutendsten Habitaten. Dadurch ist die Aussage unzutreffend, dass der Raubwürger durch das Planvorhaben Lebensraum verliert. Weitergehende Untersuchungen sind somit für diese beiden Vogelarten nicht notwendig.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Das Jagdhabitat für Fledermäuse ist nicht als</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdgebiet mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegenden Insekten könnten noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäfern wird hier nicht mehr möglich sein.</p> <p>Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist. Laut artenschutzrechtlichem Fachbeitrag gibt es hier die Auflage, dass die Einfriedung einen Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante aufweisen muss. Diese Auflage muss auch im eigentlichen B-Plan aufgeführt werden.</p> <p>Der Aussage aus dem Umweltbericht, bezüglich der nicht durchzuführenden vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gem. Stufe II, wird widersprochen und gefordert, dass eine ASP Stufe II alle planungsrelevanten Arten im Rahmen eines Monitorings umfasst und erfasst.</p>	<p>essenziell einzustufen, da im Umfeld weitere Offenlandflächen zur Verfügung stehen. Zudem steht das Plangebiet als Jagdhabitat für Fluginsekten weiter zur Verfügung, es geht also als Nahrungshabitat nicht vollständig verloren.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 umfasst den „Nördlichen Giebelwald“. Neben dem Plangebiet selbst sind hier insbesondere die umliegenden Waldbestände Teil der Biotopverbundfläche. Der Verbund dieser Waldflächen bleibt weiterhin bestehen.</p> <p>Eine entsprechende Festsetzung befindet sich bereits im Bebauungsplan unter den textlichen Festsetzungen im Punkt 5 „Gestalterische Festsetzungen“</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die fachgutachterliche Einschätzung der Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums mit einer worst-case-Betrachtung kommt zu dem Ergebnis, dass keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen durch das Planvorhaben entstehen werden. Eine vertiefende Prüfung</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Ferner bleibt völlig offen, wie sich die Umzäunung der Anlage auf den Wildwechsel und auf die Zerschneidung von Territorien kleiner Säuger auswirkt. Wildwechsel.</p> <p>Auch die Stadt Siegen hat ein hohes Potential Häuserwände und bereits verbaute Flächen (Gewerbegebiete, Parkhausdächer etc.) für PV-Anlagen zu nutzen. Da ist nur Kreativität gefragt. Da im Stadtgebiet und in den Gewerbegebieten Alternativen für PV-Anlagen vorhanden sind, lehne ich eine PV-Anlage im Biotopverbundsystem Rothenburg</p>	<p>der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen. Faunistische Erfassungen wurden auch von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein nicht gefordert.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Nutzung der Dach und Fassadenflächen in Industriegebieten als Photovoltaikanlage erfordert den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.</p>
4.	29.04.2022	Landwirtschaftskammer NRW	<p>Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion und ist grundsätzlich abzulehnen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt In Siegen wurde diese Zielsetzung vom Rat in einem Grundsatzbeschluss am 26.02.2020 gefasst, wonach erneuerbare Energien kurzfristig im Stadtgebiet ausgebaut werden sollen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen.</p> <p>Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion.</p>
			<p>In vorliegendem Fall wird die Grünlandfläche entgegen der Darstellung auf S.16 der Begründung zu o.g. FNP-Änderung sowie S.17 der Begründung zu o.g. Bebauungsplanaufstellung zur Lebensmittelproduktion genutzt, da auch die Futtermittelerzeugung für landwirtschaftliche Nutztiere Teil der Lebensmittelproduktion ist. Die Bereitstellung von Nahrungsmitteln ist eines der Hauptziele der Agrarpolitik. Durch die aktuelle Politische Lage hat das Thema</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>der Ernährungssicherheit an Bedeutung gewonnen. Die Verknappung von Sonnenblumenöl und Weizen auf den Weltmärkten belegen die Bedeutung einer lokalen, regionalen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Anders als die Landwirtschaft, kann die Energieproduktion mittels Photovoltaikanlagen auch auf anderen Flächen erfolgen.</p>	<p>keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion.</p>
			<p>Bezüglich des Kapitels 5.0 „Anderweitige Planungsmöglichkeiten und Null-Variante“ des Umweltberichts weisen wir darauf hin, dass es zahlreiche Planungsalternativen, z.B. durch Realisierung des Projektes auf bereits vorbelasteten, versiegelten Flächen gibt. Diese anderweitigen Planungsmöglichkeiten wurden im Umweltbericht nicht in Betracht gezogen. Der Umweltbericht ist daher aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht vollständig und entspricht nicht den Anforderungen des § 2 Abs. 4 BauGB.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Anderweitige Planungsmöglichkeiten wurden im Umweltbericht ergänzt.</p>
			<p>Eine sorgfältige und detaillierte Alternativflächenprüfung ist auch aufgrund des § 1a BauGB vorgeschrieben. Dort heißt es, dass mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden soll. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich [...] genutzter Flächen soll begründet werden; dabei sollen Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Alternative Möglichkeiten, die der Nutzung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage entsprechen, bildet die Nutzung anderweitiger Dachflächen, wie bei Gewerbe- oder Wohnhäusern. Jedoch erfordert diese Nutzungsart den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können.</p> <p>Aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht ist im Falle von Photovoltaikanlagen erst dann von einer notwendigen Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen auszugehen, wenn bereits sämtliche im Stadtgebiet liegenden Potenzialflächen für die solare Energiegewinnung genutzt werden. Dazu sind nicht nur die im Stadtgebiet liegenden nicht-landwirtschaftlichen Freiflächen (Böschungen, Halden, Steinbrüche, Brach- und Konversionsflächen etc.) sondern in Anlehnung an § 1a BauGB auch bereits versiegelte Flächen (Dachflächen, Parkplätze etc.) zu berücksichtigen.</p> <p>Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativflächen hat aus meiner Sicht nicht stattgefunden. Dies kann nicht allein dadurch begründet werden, dass auf Freiflächen eine größere und effizientere Stromerzeugung als auf Dachflächenanlagen möglich ist, da dies eine sehr einseitige Betrachtung des Nutzungskonflikts darstellt und keine anderweitigen Belange Berücksichtigung finden. Das Solarkataster des LANUV weist noch zahlreiche Potenzialflächen auf bereits versiegelten Flächen aus.</p>	<p>Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden. Die Planungsalternativen wurden umfangreich in den Begründungen behandelt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Da sich die potenziellen Freiflächen in peripheren und damit netztechnisch weniger stark beanspruchten Gebieten befinden, ist außer effizienteren Stromerzeugung auch zudem hervorzuheben, dass die notwendige Netzanschlusskapazität dort überwiegend vorhanden ist. Hingegen ist bei vergleichbar großen Projekten auf Dachflächen häufig festzustellen, dass entweder die Netzanschlusskapazität oder die notwendigen Traglasten der Dächer nicht gegeben sind.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die Photovoltaikanlage soll nur vorübergehend an besagter Stelle betrieben werden. Zudem hat die Photovoltaikanlage positive Umweltwirkungen (CO₂-neutrale Energieproduktion). Darüber hinaus soll die Errichtung laut S. 28f. des Umweltberichts positive Auswirkungen auf den Umweltzustand der Fläche haben. Es wird daher gefordert, dass auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund der beschriebenen Umweltleistungen grundsätzlich verzichtet wird.</p> <p>Die im Rahmen des Umweltberichts angefertigte Ausgleichbilanzierung kann aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht nachvollzogen werden. Die in Abbildung 17 des Umweltberichts dargestellten Bereiche 3.5* werden als Artenreiche Mähwiese im Bereich der PV-Anlage mit dem Wertfaktor „2“ berücksichtigt. Die Flächen dürften einem extensiv genutzten Grünland in der Regel in nichts nachstehen und daher mindestens ein Wertfaktor von 5 angesetzt werden. Ganz im Gegenteil müsste laut der Darstellung des Umweltberichts u.a. auf S. 28f. sowie S.33f eher ein deutlich höherer Wertfaktor angenommen werden. Letzteres gilt auch für die Bereiche 3.5. Die vorgenommenen Abschlüsse hinsichtlich der Bereiche 3.5* erscheinen willkürlich sowie zu Aussagen des Umweltberichts widersprüchlich und ohne</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt Auf der besagten Seite des Umweltberichtes werden keine positiven Auswirkungen auf den Umweltzustand der Fläche behandelt. Die Forderung auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verzichten kann nicht gefolgt werden, da laut Gesetzestextes die Eingriffe in die Umwelt ausgeglichen werden müssen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Wertpunkte für die Eingriffsbewertung wurden mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abgestimmt und spiegeln einerseits den Erhalt des Grünlandes, andererseits aber auch die Überdeckung mit Solarmodulen wider.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>fachlichen Hintergrund gewählt zu sein. Andernfalls sollte in einem städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB festgehalten werden, dass die Anlage so errichtet wird und die Flächen unter und zwischen den Modulen so bewirtschaftet werden, dass für die Bereiche 3.5* mindestens 5 Werteinheiten erzielt werden können.</p> <p>Die überschüssigen ökologischen Werteinheiten sind einem Ökokonto gutzuschreiben und vorrangig vor der weiteren Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichsmaßnahmen zu nutzen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Ein Überschuss von Biotopwertpunkten entsteht durch das Vorhaben nicht.</p>
5.	04.04.2022 und 09.08.2021	PLEdoc	<p>Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans / Flächennutzungsplans verläuft die eingangs aufgeführte Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungssachse).</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Leitungstrasse der KSR-Anlage tangiert marginal die im BPlan festgesetzten Bauflächen. Die Leitung wird im Bebauungsplan als „sonstige Darstellung“ übernommen. Zusätzlich wird ein Hinweis mit den zu beachteten Sicherheits- und baulichen Hinweisen aufgenommen</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p>Abschließend teilen wir Ihnen mit, dass im Geltungsbereich der hier angezeigten Bauleitpläne keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen der OGE vorhanden sind.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen
6.	26.04.2022	Landesbetrieb Straßen NRW	<p>Keine grundsätzliche Bedenken</p> <p>Über die Zuwegung (Buswende) hinaus dürfen keine weiteren Zufahrten oder Zugänge an die Landesstraße vorgesehen werden bzw. angelegt werden. Hier insbesondere die im nördlichen Bereich der Anlage im Zuge der Landesstraße – etwa in Stat. 1,480 – vorhandene Zuwegung zu der dort vorhandenen Mobilfunkanlage darf nicht der verkehrlichen Erschließung der Photovoltaik-Anlage dienen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt An der nördlichen Begrenzung der PV-Anlage ist ein „Bereich ohne Ein- und Ausfahrt“ festgesetzt worden. Nur im südlichen Bereich der PV-Fläche ist im Bebauungsplan der „Einfahrtbereich“ festgesetzt worden. Somit kann die Fläche nur über die Zuwegung (Buswende) erschlossen werden.</p>

Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung